

## Die Wirtschaft der Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). (I): Die slawischen Republiken Rußland, Belarus und Ukraine

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1995). *Die Wirtschaft der Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). (I): Die slawischen Republiken Rußland, Belarus und Ukraine.* (Aktuelle Analysen / BI Ost, 29/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45528>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Die Wirtschaft der Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)**

### **Teil I: Die slawischen Republiken Rußland, Belarus und Ukraine**

#### **Zusammenfassung**

In einer dreiteiligen Untersuchung wird ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsstaaten der GUS nach dem Einsetzen der marktwirtschaftlichen Transformation gegeben. Der vorliegende erste Teil beschäftigt sich mit Rußland, Belarus und der Ukraine und läßt die Auswirkungen des unterschiedlichen Reformtempos in den drei slawischen GUS-Republiken, aber auch der unterschiedlichen Ressourcenausstattung erkennen. Während sich in Rußland der schon 1990 begonnene Produktionsrückgang erheblich verstärkte, konnten sich Belarus und die Ukraine mit Hilfe einer laschen Geld- und Finanzpolitik zunächst von der Wirtschaftsentwicklung im großen Nachbarland abkoppeln, bezahlten dies jedoch mit hohen Inflationsraten. Seit 1994 ist aber in den beiden kleineren slawischen Mitgliedern der GUS ein Kurswechsel der Wirtschafts- und Reformpolitik in Richtung auf mehr Preisstabilität und stärkere Privatisierungsanstrengungen erkennbar.

#### **Vorbemerkung**

Anfang 1992 hat Rußland im Raum der ehemaligen UdSSR mit der Preisliberalisierung eine Wirtschaftstransformation in Gang gesetzt, die 1994 noch nicht abgeschlossen ist, jedoch bereits weitrei-

chende Auswirkungen zeigte.<sup>1</sup> Die anderen Mitgliedsstaaten der GUS gaben ebenfalls die meisten Preise frei, schlugen ansonsten jedoch ein unterschiedliches Reformtempo ein. In der folgenden Darstellung stehen weniger die institutionellen Reformen, als die makroökonomischen Ergebnisse in den Jahren 1992-1994 im Vordergrund, die allerdings auch durch die in den verschiedenen Ländern unterschiedlichen Ausgangsbedingungen (z.B. die Ressourcenausstattung) beeinflusst wurden.

Als Datenquelle dient in dieser Untersuchung, wenn nicht anders genannt, die Publikation des Statistischen Komitees der GUS "Interfax / CIS Statistical Committee Report", 10.2.1995. In einigen besonders erwähnten Fällen werden allerdings die dort angegebenen oder fehlende Daten durch Werte aus anderen Quellen ersetzt.

Die Daten berücksichtigen gemäß internationaler Praxis die "Schattenwirtschaft" gar nicht und die neu entstandene legale Privatwirtschaft wegen der Unvollständigkeit der Erfassungsmethodik nur zum Teil. Dadurch werden Produktions- und Verbrauchsdaten bzw. deren Zuwachsraten zu niedrig ausgewiesen.<sup>2</sup> Auch wegen noch regulierter, im Verhältnis zu Weltmarktpreisen niedriger Preise für Energierohstoffe wird die heimische Wertschöpfung unterschätzt. Eine systematische Korrektur dieser Faktoren ist jedoch im Wege der externen Analyse nicht möglich.

Im Folgenden werden u.a. die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Bruttoproduktion der Industrie, der Bruttoproduktion der Landwirtschaft sowie der Einzelhandelsumsatz der registrierten Einzelhandelsbetriebe herangezogen, um Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung aufzuzeigen. Dabei bedeutet "Brutto"-Inlandsprodukt die Wertschöpfung einschließlich des Ersatzes der Abnutzung des Kapitalstocks (Abschreibungen), die "Brutto"-Produktion von Industrie und Landwirtschaft jedoch den output dieser Wirtschaftszweige, der zum Teil wieder zum input anderer Zweige wird, d.h. nicht die "Netto"-Wertschöpfung von Industrie und Landwirtschaft, die ihrerseits Teil des BIP ist. Daher kann die Veränderungsrate des BIP beträchtlich von der Veränderung der beiden anderen Bruttogrößen differieren.

Der Umsatz der registrierten Einzelhandelsbetriebe erfaßt den gesamten Konsum der Bevölkerung nur zum Teil, gibt aber den Trend der Konsumausgaben wieder. Außer der Veränderung der Einzelhandelspreise (im folgenden als "Inflation" bezeichnet) sind alle Angaben in "realen" Größen, also nach Elimination der Preissteigerungen, zu verstehen.

Teil I behandelt die Wirtschaftsentwicklung der drei slawischen Staaten Rußland, Belarus und Ukraine.

Teil II behandelt die Wirtschaftsentwicklung in Moldova sowie in den transkaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Teil III behandelt die Wirtschaftsentwicklung in den zentralasiatischen GUS-Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Aus Platzgründen befinden sich die zusammenfassenden Zahlenangaben für die slawischen Republiken am Ende des Teils III.

## **Rußland**

In Rußland ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab 1992 erheblich zurück, nachdem es bereits in den Jahren 1990 und 1991 negative Veränderungsdaten aufgewiesen hatte.<sup>3</sup> Bis 1994 hat sich das BIP nach

---

<sup>1</sup> Vgl. zu den Anfängen der Wirtschaftstransformation sowie zu den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Mitgliedsstaaten der GUS Roland Götz/Uwe Halbach, Politisches Lexikon GUS, 2. Aufl., München 1993.

<sup>2</sup> Nach Expertenschätzungen ist das Sozialprodukt der Transformationsökonomien bei Berücksichtigung der Schattenwirtschaft und der neuen Privatunternehmen um ein Drittel und seine jährlichen Veränderungsdaten um 2-3% höher anzu setzen; vgl. dazu die Analysen von PlanEconReport über die Wirtschaftsentwicklung osteuropäischer Länder, etwa 16/1994: Czech Economic Recovery: Why the Official Statistics Understate it.

<sup>3</sup> Vgl. zu Rußland auch R. Götz, Zur makroökonomischen Entwicklung in Rußland 1989-1995, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 73 und 74, 1994.

Berechnung der amtlichen Statistik auf rund 60% des Wertes von 1991 vermindert; auch wenn sein Rückgang bei Berücksichtigung der oben erwähnten, statistisch unterschätzten Faktoren nur 30 Prozentpunkte betragen haben sollte, bedeutet dies einen gravierenden Einbruch der volkswirtschaftlichen Leistung mit vielen Folgewirkungen auf das Lebensniveau, den Staatshaushalt usw., wie er in westlichen Industrieländern höchstens zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise beobachtet wurde.

Im Vergleich zu anderen GUS-Republiken, darunter auch Belarus und Ukraine, wird Rußland durch seine Rohstoffbasis begünstigt: es braucht keine Energierohstoffe einzuführen, sondern kann sie exportieren. Im Rohstoffbereich konnte im Jahre 1994 das Förderniveau mehr oder weniger gehalten werden (Erdöl: 316 Mio. t gegenüber 354 Mio. t im Vorjahr, Erdgas: 607 Mrd. m<sup>3</sup> gegenüber 619 Mrd. m<sup>3</sup> im Vorjahr, Kohle: 271 Mio. t gegenüber 305 Mio. t im Vorjahr). Die einzige einschneidende Rohstoffabhängigkeit besteht bei Baumwolle, die nur zu hohen Preisen bzw. nicht in der benötigten Menge wie früher aus Usbekistan importiert werden kann, was die russische Textilindustrie 1994 weitgehend lahmgelegt hat.

Es ist bemerkenswert, daß es Rußland nicht gelungen ist, sein Rohstoffpotential für die Finanzierung des Transformationsvorganges zu nutzen. Die Erlöse aus den Erdöl- und Erdgasexporten sind zu einem erheblichen Teil (es werden Beträge von einigen Milliarden US-\$ jährlich genannt<sup>1</sup>) ins Ausland abgeflossen, während die Mittel für die Umstrukturierung der Wirtschaft im Inland fehlen. Der potentielle Reichtum des Landes zog auch bislang nur wenige ausländischen Investoren an: die jährlichen Auslandsinvestitionen bewegen sich in der Größenordnung von 1-2 Mrd. US-\$ und damit im Bereich der Summen, die in wesentlich kleinere osteuropäische Länder wie Polen und Ungarn fließen.

Anders als der Rohstoffsektor erlebte die verarbeitende Industrie Rußlands dramatische Produktionseinbrüche, vor allem weil die kaufkräftige Inlandsnachfrage fehlte. Das Produktionsniveau erreichte 1994 im Durchschnitt 56% des Niveaus von 1991, wobei der Maschinenbau und die Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe) nur noch 20-30% des Produktionsvolumens von 1991 aufwiesen. Mit etwa 80% der Erzeugung von 1991 hat sich der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bis 1994 dagegen in Grenzen gehalten. Dies dürfte vor allem auf die staatliche Subventionierung der Landwirtschaft zurückzuführen sein, die den vielen Verlustbetrieben eine Weiterexistenz ermöglicht.

Die gesamten Sachanlageinvestitionen haben sich 1994 auf etwa 40% des Niveaus von 1991 vermindert. Da sie überwiegend in den Rohstoffbereich und den Wohnungsbau geflossen waren, konnte in der verarbeitenden Industrie und im Infrastrukturbereich der Verschleiß des Kapitalstocks nicht ersetzt werden. Hierdurch wird ein Kapazitätsengpaß erzeugt, der einem Aufschwung der Wirtschaft im Wege steht. Gleichzeitig bewirkt das niedrige Investitionsniveau eine Dämpfung der effektiven Nachfrage. Für die geringe Investitionstätigkeit sind die schlechte Finanzlage vieler Unternehmen, die relativ höhere Rentabilität von Wertpapieren und Devisen sowie der Unwille des Bankensystems, längerfristige Kredite zu gewähren, von ausschlaggebender Bedeutung.

Auf den ersten Blick paradox erscheint, daß der (reale) Einzelhandelsumsatz der registrierten Betriebe (also ohne Berücksichtigung des Schwarzmarktes) weniger als das Sozialprodukt abgenommen hat und 1994 immerhin noch knapp zwei Drittel des Vergleichswertes von 1991 erreichte. Hierbei kommt zum Teil eine Veränderung der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zum Ausdruck: die Konsumquote stieg auf Kosten der Investitions- und Staatsverbrauchsquote an. Eine wichtige Rolle spielte aber auch der Konsumgüterimport, auf den in Moskau und Petersburg bereits mehr als die Hälfte des Einzelhandelsumsatzes zurückgehen.

Die Außenverschuldung Rußlands beläuft sich einschließlich der Verbindlichkeiten gegenüber den ehemaligen RGW-Ländern auf etwa 120 Mrd. US-\$, das sind 800 \$ pro Einwohner und damit ein

---

<sup>1</sup> Anfang 1995 nannte das russische Innenministerium gar den Betrag von 50 Mrd. US-\$ für 1995; eine derartige Kapitalflucht, die nun schon Jahre anhält, kann nur mit Wissen und Billigung weiter Kreise in Politik und Wirtschaft vor sich gehen. Eine andere Frage ist, wie unter den gegebenen Umständen eine Rückkehr des im Ausland deponierten Kapitals bewirkt werden kann.

Mehrfaches der Pro-Kopf-Verschuldung der westlichen Nachbarstaaten Belarus und Ukraine, jedoch weniger als die Pro-Kopf-Verschuldung Polens (1200 \$). Bislang ist es nicht gelungen, für die von Rußland übernommenen sowjetischen Altschulden mit den im "Londoner Club" zusammengeschlossenen westlichen Geschäftsbanken (24 Mrd. \$ zuzüglich 3,5 Mrd. \$ aufgelaufene Zinsen) sowie dem "Pariser Club" der öffentlichen Gläubiger (Forderungen: 45 Mrd. \$) Abkommen über die Fristen für die Tilgung zu vereinbaren.

Rußland will 1995 sein Budgetdefizit durch Aufnahme von Auslandskrediten in Höhe von 12,7 Mrd. \$ decken; die schwierigen Verhandlungen über einen Kredit des IWF in Höhe von 6,25 Mrd. \$ kamen im März 1995 zu einem positiven Abschluß. Dafür mußte sich die russische Regierung zu sparsamer Haushaltspolitik sowie zur Rücknahme von Vergünstigungen für Wirtschaftszweige und Regionen und Aufhebung von Exportquoten für Energieträger verpflichten.

Insgesamt erwies sich im Zeitraum 1992-1994 der Niedergang der verarbeitenden Industrie als Kristallisationspunkt der negativen Entwicklungen (fehlende Restrukturierung, geringe Attraktivität für Auslandskapital, räumliche Fehlallokation). Hier konzentrieren sich bereits jetzt die sozialen Probleme, während Rußland insgesamt im Vergleich mit fast allen anderen Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) von einem katastrophalen allgemeinen Rückgang des Lebensstandards verschont blieb.

In regionaler Sicht sind von krisenhaften Zuspitzungen die Zentren des Maschinenbaus und der Textilindustrie in Westrußland, die Armutregionen des nördlichen Kaukasus, die "Rüstungsstädte" Sibiriens sowie der hohe Norden und der Ferne Osten besonders betroffen. Während in den industriellen Zentren des Westens und in Sibirien die Krise der verarbeitenden Industrie (einschließlich der Rüstungsindustrie) zu Buche schlägt, spielt im Kaukasusgebiet sowie im Norden und Fernen Osten die Vernachlässigung durch das Zentrum die hauptsächliche Rolle.

Prognosen für 1995 bewegen sich zwischen pessimistischen Vorhersagen eines weiteren Rückgangs des Sozialprodukts in der Größenordnung von 10% und Hoffnungen auf eine Stabilisierung des Produktionsniveaus, wobei man auf den nur geringen Rückgang der Industrieproduktion in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres verweist. Die Kosten des Tschetschenien-Krieges werden mit etwa 1% des BIP veranschlagt.

## **Belarus**

Auf den ersten Blick scheint die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Belarus günstiger verlaufen zu sein als in Rußland. Das BIP, die Industrieproduktion und die Sachanlageinvestitionen nahmen im Betrachtungszeitraum weniger stark ab als im großen Nachbarland. Daß die landwirtschaftliche Produktion im Zeitraum 1992-1994 ebenso stark zurückging wie in Rußland, liegt alleine an den Ergebnissen des Jahres 1994, als witterungsbedingt vor allem die Zuckerrüben- und Kartoffelernte äußerst schlecht ausfiel (-31% bzw. -40%). Deutliche Unterschiede zu Rußland zeigt die Entwicklung der Konsumgüterpreise: die Inflation nahm in Belarus zu, während sie in Rußland sank. Da die Einkommen nicht mit den Preissteigerungen mithielten, ging der Einzelhandelsumsatz auf 52% des Wertes von 1991 und damit deutlich stärker als in Rußland zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Belarus wurde bislang durch eine zögerliche, strukturkonservierende Transformationspolitik geprägt, von der man z.T. unter Druck des IWF schrittweise abgehen will. Im Dezember 1994 trat die Liberalisierung bisher vom Staat regulierter Preise in Kraft, die auch Grundnahrungsmittel umfaßt. Ebenso wurden Exportbeschränkungen aufgehoben und der Umfang der obligatorischen Devisenabführungspflicht vermindert. Die bisher verschleppte Privatisierung soll nun auch durch Initiative des neuen Präsidenten Lukaschenko (der zunächst eine restriktive Haltung eingenommen hatte) beschleunigt werden.

1994 zeichnete sich in Belarus eine wirtschaftspolitische Wende ab, als der Versuch aufgegeben wurde, die Produktion durch eine lasche Geldpolitik zu stützen und dabei eine sich an der Grenze zur Hyperin-

flation bewegende Preissteigerung zu tolerieren.<sup>1</sup> Der Einbruch der Industrieproduktion lag 1994 mit rund -20% in der gleichen Größenordnung wie in Rußland, während 1992 und 1993 noch einstellige Raten des Rückgangs zu verzeichnen gewesen waren. Neben der restriktiver werdenden Geldpolitik ist aber auch die sich ungünstig entwickelnde Kosten- und Absatzsituation für den Rückgang der Industrieproduktion verantwortlich. Die Energiebezüge aus Rußland haben sich wesentlich verteuert; gleichzeitig ist die Aufnahmefähigkeit des russischen Absatzmarktes geringer geworden, da dort vermehrt importsubstituierende Produktion zu beobachten ist.

Die eigene Energiebasis der Republik ist nach wie vor sehr schmal: es werden neben einer geringen Menge Erdgas nur 2 Mio. t Erdöl gefördert. Als Ausweg aus der Abhängigkeit von russischen Energieimporten, die zu einem hohen Zahlungsbilanzdefizit und zu zunehmender Außenverschuldung führen, wurde eine Währungsunion und damit eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit Rußland gesehen. Entsprechende Pläne sind nach mehrfachen Ankündigungen bis auf weiteres aufgegeben worden, nicht zuletzt weil die russische Seite die wirtschaftlichen Kosten eines solchen Schrittes höher bewertet als die politischen Vorteile. Allerdings ist nach wie vor die Rede von einer "Union" mit Rußland, die vor allem vom Präsidenten Lukaschenko befürwortet wird, der mit der Annäherung an Rußland und der Absage an einen nationalistischen Kurs die Präsidentenwahl vom Juli 1994 gewonnen hat.

Nur wenn Belarus zu den russischen Binnenpreisen für Erdöl und Erdgas beliefert wird, kann es auf dem russischen Markt konkurrenzfähig sein, wohin mehr als 80% seiner Ausfuhren gehen.. Man hofft, durch Bildung von Finanz-Industrie-Gruppen (russische Erdölförderunternehmen und belorussische Raffinerien), d.h. durch Integration auf Unternehmensebene und Anwendung entsprechender Verrechnungspreise, das Energiepreisproblem zu lösen. Die im Herbst 1994 mit Rußland vereinbarte Zollunion dürfte sich ebenfalls positiv auswirken.

Die Auslandsverschuldung betrug Ende 1994 etwa 1,3 Mrd. US-\$ und damit 125 \$ pro Einwohner. Sie ist vergleichsweise niedrig; problematisch ist allerdings das strukturelle Defizit im Handel mit der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, während der Außenhandel mit Ländern außerhalb der GUS tendenziell ausgeglichen ist.

Eine noch lange anhaltende Belastung für die Wirtschaftsentwicklung sind die unbewältigten Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl. Positiv fällt das Fehlen eines ethnischen Konfliktpotentials ins Gewicht.

## Ukraine

In der Ukraine ist es in den Jahren 1992 und 1993 gelungen, den gesamtwirtschaftlichen Produktionsrückgang um den Preis einer Hyperinflation und einer aussichtslosen Konservierung der Produktionsstruktur zunächst zu bremsen.<sup>2</sup> 1994 jedoch kam es zu einem Rückgang des BIP um 20% und der Industrieproduktion sogar um 28%, was die Ukraine auf denselben Rückgang des Bruttoinlandsprodukts seit 1991 wie in Rußland zurückwarf. Der ukrainische "Sonderweg" einer langsamen Marktreform hatte sich ebensowenig ausgezahlt wie in Belarus. So fällt dem Nachfolger Krawtschuks im Amt des Präsidenten, Kutschma, die Aufgabe zu, den Prozeß der Wirtschaftsreform zu beschleunigen, während die Folgen der Verschleppung der Reformen erst jetzt in vollem Maße sichtbar werden.

Wie auch Belarus leidet die Wirtschaft der Ukraine an der Strukturschwäche eines Produktionsapparates, der nur auf Grund der billigen Energie- und Rohstoffbezüge aus anderen Teilen der ehemaligen UdSSR rentabel arbeitete; die eigene Erdölförderung (etwa 4 Mio. t) sowie Erdgasförderung (18 Mrd. m<sup>3</sup>)

<sup>1</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Ungenügende Reformen trotz verschärfter Krise, in: DIW-Wochenbericht 50, 1994, S. 842-859, hier S. 847 ff.; W. Lichter, Weißrußland: Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1994/95, in: bfai Länderreport, Januar 1995, S. 6.

<sup>2</sup> Vgl. zum Folgenden Waldemar Lichter, Ukraine: Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1994/95, in: bfai Länderreport, Februar 1995; Andreas Wittkowsky, Ukraine: Kurswechsel des Transformationsprozesses?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 1994; Hermann Clement/Michael Knogler/Alexej Sekarev, Die wirtschaftliche Lage der Ukraine: Schwerpunkt: Die Reform der sozialen Sicherungssysteme, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, 174, November 1994.

decken nur etwa ein Zehntel des Bedarfs. Heute können die Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Rußland und Turkmenistan, die zu Weltmarktpreisen abgerechnet werden, nicht mehr bezahlt werden, was zu einer hohen Verschuldung (alleine für Erdgas knapp 2 Mrd. US-\$ gegenüber Rußland und 1 Mrd. US-\$ gegenüber Turkmenistan) bzw. zu Lieferunterbrechungen geführt hat. Die im Lande selbst reichlich vorhandene Kohle wird zu hohen Kosten gefördert und die Fördermenge (1994: 94 Mio. t gegenüber 115 Mio. t im Vorjahr) reicht kaum aus, um den Inlandsbedarf zu befriedigen, geschweige denn dafür, um durch Nettoexporte nennenswerte Einnahmen zu erzielen. Für die Elektrizitätserzeugung

sind die fünf Kernkraftwerke unter den gegebenen Bedingungen unverzichtbar und die Weigerung der Ukraine, den Unglücksreaktor Tschernobyl stillzulegen, aus ihrer Sicht verständlich.

Die Konversion der Rüstungsindustrie stellt sich wie auch in Rußland als fast unlösbares Problem dar. Wenn auch die Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion (z.B. zivile Fahrzeuge, Ausrüstungen für die Erdölförderung usw.) technisch machbar ist, stellt sich das Problem der Konkurrenzfähigkeit mit westlichen Erzeugnissen sowie des Aufbaus paralleler Fertigungen im Hauptabsatzmarkt Rußland.

1994 entstand bei Exporten in Höhe von 12,3 Mrd. \$ und Importen von 14,1 Mrd. \$ ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 1,8 Mrd. \$, das sich 1995 verdoppeln soll.<sup>1</sup> Die gesamte Auslandsverschuldung wird mit 7,1 Mrd. US-\$ angegeben; sie liegt mit etwa 50% der Exporte bzw. 137 \$ pro Einwohner vergleichsweise niedrig. Sie wird sich aber weiter erhöhen, da nicht mit einer schnellen Steigerung der Exportfähigkeit des Landes zu rechnen ist, der Bedarf an Importen aber hoch bleiben wird.

Während zur Amtszeit Krawtschuks westliche Finanzorganisationen eine reservierte Haltung einnahmen, ist es Präsident Kutschma gelungen, den IWF und anderen Geldgebern dazu zu bewegen, die Kreditverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen. Daher kann die Ukraine 1995 mit westlichen Krediten von IWF, Weltbank, der EU und anderer Geldgeber in Höhe einiger Mrd. \$ rechnen, die einen Teil des Fehlbetrags im Außenhandel (etwa 5,5 Mrd. \$) abdecken können. Der IWF konnte im März 1995 Rußland dazu zu bewegen, mit der Ukraine ein Umschuldungsabkommen über ukrainische Schulden in Höhe von 2,5 Mrd. \$ abzuschließen, wodurch der Weg zur Gewährung eines Beistandskredits des IWF in Höhe von 1,8 Mrd. \$ an die Ukraine frei wurde. Man erwartet nun, daß auch westliche Industrieländer auf direktem Wege zur weiteren Kreditgewährung bereit sind.<sup>2</sup>

Voraussetzung für weitere Kredite wird die entschlossene Fortführung des Reformprogramms, vor allem auf dem bislang vernachlässigten Gebiet der Privatisierung, sein. Dafür stehen die Chancen besser als für die ebenfalls geforderte Schließung von Tschernobyl, wobei die ukrainische Seite Ersatz für die hohen Aufwendungen der Stilllegung sowie den Bau von Ersatzkraftwerken verlangt.

Roland Götz

---

<sup>1</sup> Lichter, a.a.O., S. 6.

<sup>2</sup> Die Kooperationsbereitschaft Rußlands ist sicher auch im Zusammenhang mit der zeitgleichen Einigung über die Gewährung des lange umstrittenen 6,25-Mrd. \$-Kredits des IWF an Rußland zu sehen.